

14.11.25

Unterrichtung

durch die Europäische Kommission

Stellungnahme der Europäischen Kommission zu dem Beschluss des Bundesrates zur Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen zu einem Aktionsplan für Grundkompetenzen

und

Stellungnahme der Europäischen Kommission zu dem Beschluss des Bundesrates zur Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Ein Strategieplan für die Bildung in MINT-Fächern: Kompetenzen für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation

C(2025) 7048 final



EUROPÄISCHE KOMMISSION

Brüssel, den 6.11.2025
C(2025) 7048 final

Herrn Dr. Andreas Bovenschulte
Präsident des Bundesrates
Leipziger Straße 3-4
11055 BERLIN DEUTSCHLAND

Sehr geehrter Herr Bundesratspräsident,

die Kommission dankt dem Bundesrat für seine Stellungnahme zum Aktionsplan für Grundkompetenzen {COM(2025) 88 final} und zum Strategieplan für die Bildung in MINT-Fächern {COM(2025) 89 final}.

Die Kommission nimmt den Standpunkt des Bundesrates zur Union der Kompetenzen zur Kenntnis. Die Union der Kompetenzen verfolgt einen umfassenden Ansatz zur Entwicklung des Humankapitals und stellt auf eine ganzheitliche Bildung ab, von frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung bis hin zur Erwachsenenbildung, um so eine Annäherung der Bereiche Bildung und Beschäftigung zu bewirken. Der Aktionsplan für Grundkompetenzen baut auf dem übergeordneten Referenzrahmen für Schlüsselkompetenzen¹ und der integrierten und umfassenden Strategie für den schulischen Erfolg² auf.

Die Kommission begrüßt die generelle Unterstützung des Bundesrates für beide Initiativen der Kommission sowie seine Anerkennung der zentralen Rolle von Grundkompetenzen und MINT-Kompetenzen, der Ausweitung des Begriffs der Grundkompetenzen, der Chancen von KI und der Herausforderung, Erwachsene mit geringen Grundkompetenzen einzubeziehen.

Die Kommission unterstützt die Bemühungen Deutschlands, die Entwicklung von Grundkompetenzen und MINT-Kompetenzen bei der Gestaltung der Lehrpläne zu berücksichtigen. Ferner erkennt sie die grundlegende Bedeutung des sozio-emotionalen Lernens an und teilt die Auffassung, dass diese Kompetenzbildung über die Zeit der frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung hinausgeht. Dies gilt nicht zuletzt für neu ankommende Kinder, die das Bildungssystem des Aufnahmelandes nicht von Anfang an durchlaufen haben.

¹ [Rahmen zu Schlüsselkompetenzen](#).

² [Wege zum schulischen Erfolg](#).

Die Kommission teilt die Ansicht des Bundesrates, dass Demokratieerziehung von Komplexität und Facettenreichtum geprägt ist. Der Bericht der Kommission über die Zwischenbewertung des strategischen Rahmens für den europäischen Bildungsraum (2021-2030)³ dient den Beratungen des Rates als Informationsgrundlage bei der Überprüfung des strategischen Rahmens für den Zeitraum 2026-2030, in dem die politische Bildung als eine Priorität der europäischen Zusammenarbeit vorgeschlagen wird. Die Vielfalt pädagogischer Ansätze und die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten für die Demokratiebildung sind dabei uneingeschränkt zu achten.

Die Kommission unterstreicht die Bedeutung der beruflichen Aus- und Weiterbildung, wenn es darum geht, Lernende mit beruflichen Fertigkeiten auszustatten, und betont gleichzeitig, dass Lernende in der beruflichen Bildung auch eine solide Basis in Grundkompetenzen erwerben sollten. Sie erkennt die Bemühungen Deutschlands und anderer EU-Länder an, diese Kompetenzen in die Lehrpläne der beruflichen Bildung aufzunehmen. Jedoch stellt sie fest, dass in vielen Mitgliedstaaten nach wie vor Herausforderungen bestehen, sicherzustellen, dass alle Lernenden, auch diejenigen aus benachteiligten Verhältnissen, ausreichende Grundkompetenzen erwerben, um sich erfolgreich weiterzubilden, auf dem Arbeitsmarkt zu bestehen und aktiv an der Gesellschaft teilzuhaben.

Die Kommission würdigt die von Deutschland ergriffenen Maßnahmen, um die Bildung in MINT-Fächern voranzutreiben, und begrüßt seine Bemühungen, mehr Mädchen und Frauen dafür zu gewinnen. Initiativen wie „Girls go MINT“ tragen zur Erreichung dieses Ziels bei, indem 14-19-jährige Sekundarschülerinnen und Hochschulstudentinnen mit besonderem Augenmerk auf die Vermittlung bereichsübergreifender und unternehmerischer Fähigkeiten ausgebildet werden. Die Kommission unterstützt ebenfalls den MINKT-Ansatz (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Kunst und Technik) als effektive Methode, MINT attraktiver und innovativer zu gestalten.

Die Kommission nimmt die Bedenken des Bundesrates zur Kenntnis, hält jedoch relevante quantitative Ziele für wichtig, um Fortschritte zu steuern und nachzuhalten. Sie unterstreicht nochmals, dass die Einhaltung dieser Ziele auf dem Freiwilligkeitsprinzip beruht, dass sich die Zielvorgaben auf vorhandene Eurostat-Daten stützen und den Mitgliedstaaten keine neuen Rechenschaftspflichten auferlegt werden.

Das Europäische Semester soll – den Prioritäten der EU folgend – die zentralen sozio-ökonomischen Herausforderungen der Mitgliedstaaten ermitteln, wobei einschlägige Ziele und Indikatoren aus einer Vielzahl an Quellen berücksichtigt werden. Jedoch gibt es keine automatische Verknüpfung zwischen den Einzelzielen und den länderspezifischen Empfehlungen, und die Ziele im Bildungsbereich (einschließlich der MINT-Ziele) müssen im Anschluss an die oben genannte Überprüfung des strategischen Rahmens für den Zeitraum 2026-2030 noch vom Rat gebilligt werden. Die länderspezifischen Empfehlungen, die vom Rat angenommen werden, geben den von den Mitgliedstaaten vorgeschlagenen nationalen Plänen Orientierung bei der Nutzung von

³ [COM\(2025\) 340 final](#)

EU-Mitteln, wie beispielsweise der Aufbau- und Resilienzfazilität, die noch bis 2026 zur Verfügung steht. Aktuell verhandeln die Organe über den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen auf Grundlage der am 16. Juli 2025 von der Kommission angenommenen Vorschläge.

Das Europäische MINT-Exekutivgremium ist bestrebt, Bildung in den MINT-Fächern durch eine engere Zusammenarbeit zwischen einem breiten Spektrum an Interessenträgern, einschließlich Sozialpartnern und der Privatwirtschaft, ergebnisorientierter zu gestalten. Als Diskussionsforum würde es dem Europäischen Hochrangigen Gremium für Kompetenzen Handlungsvorschläge unterbreiten, wie im Rahmen der Union der Kompetenzen angekündigt.

Das Ziel der künftigen Europäischen Beobachtungsstelle für Kompetenzen ist es, durch eine effektivere Aggregation und Analyse bestehender Daten zu einer besseren Erfassung von Daten über Kompetenzen beizutragen.

Abschließend sei gesagt, dass Initiativen wie die Zentren für Bildung in MINT-Fächern, flankiert durch Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen im Rahmen von Erasmus+, das Subsidiaritätsprinzip uneingeschränkt achten und für die Mitgliedstaaten freiwillig bleiben.

Die Stellungnahme des Bundesrates dient der Kommission als wichtiger Beitrag bei der Fortsetzung ihrer Arbeit an den verschiedenen Maßnahmen des Aktionsplans für Grundkompetenzen und des Strategieplans für die Bildung in MINT-Fächern. Ein kontinuierlicher Dialog mit einem breiten Spektrum von Interessenträgern ist hierbei von erheblichem Nutzen.

Die Kommission hofft, dass die vom Bundesrat aufgeworfenen Fragen mit den vorstehenden Ausführungen beantwortet werden konnten, und sieht der Fortsetzung des politischen Dialogs erwartungsvoll entgegen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Roxana Mînzatu
Exekutiv-Vizepräsidentin

Maroš Šefčovič
Mitglied der Kommission

